Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 22, Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 236. Mittwoch den 24. August 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Legung von Wasserleitungsröhren wird die **Poniatowskystraße** vom **Mittwoch, den 24. d. M.** ab bis zur Fertigstellung der Arbeiten für den **durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 23. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Das **Agathe Berger'sche** Stipendium für „einen armen Studenten zur Erlangung der Magisterwürde" ist auf die Termine Michaelis 1878 bis mit Michaelis d. J. im **Gesammtbetrage von 102 Mark 76 Pf.** zu vergeben.

Bewerber um dieses Stipendium werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum **10. September d. J.** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 17. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Harrwitz.

Verpachtung.

Der hiesige **Schwanenteich** soll **zur Fischzucht und Benutzung als Eisbahn** anderweit **auf 6 Jahre,** vom 1. November 1881 bis 31. October 1887, **an den Meistbietenden verpachtet** werden.

Die Versteigerung findet

Montag den 29. dies. Mon. Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, statt.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen liegen auf dem Rathhaussaale, I. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 15. August 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Tröndlin. Stöß.

Bekanntmachung.

Am 2. September d. J., dem deutschen Nationalfesttage, bleibt die Börse geschlossen.

Leipzig, den 23. August 1881. **Der Börsenvorstand.**

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 24. August.

Unsere westlichen Nachbarn haben am letzten Sonntage unleugbar den Beweis geliefert, daß sie das Wort Thiers' verstanden haben: „die Republik wird conservativ, oder sie wird nicht sein"; denn die Wahlen in Frankreich haben, soweit sich das Ergebniß zur Stunde übersehen läßt, zu einer Stärkung der gemäßigten republikanischen Richtung, zu einer Niederlage der Parteien der Rechten wie der Intransigenten geführt.

Die Frage, auf die man mit besonderer Spannung die Antwort erwartete, ob nämlich Gambetta in seinem alten Wahlkreise Belleville wieder durchdringen werde, ist zu seinen Gunsten entschieden worden. Aber freilich ist der Sieg nur mit so geringer Stimmenmehrheit erfochten worden, daß man ihn mit Recht als Pyrrhussieg bezeichnen kann. Die Republik ist gekräftigt aus diesen Wahlen hervorgegangen, die Person Gambetta's aber hat unverkennbar einen empfindlichen Stoß erlitten, und in Frankreich pflegt es rasch bergab zu gehen, wenn der Niedergang einmal begonnen hat; Das wird auch Gambetta erfahren.

Wir in Deutschland können mit dem Grundergebniß dieser Wahlen, der Stärkung der gemäßigten republikanischen Parteien, der Schwächung der Monarchisten und Radicalen, nur zufrieden sein. Es ist diejenige Staatsform und politische Richtung befestigt worden, die noch am meisten die Wahrscheinlichkeit in sich trägt, leidliche Nachbarschaft mit uns zu pflegen und einer Politik der Abenteuer und der kriegerischen Verwickelungen sich zu enthalten. Wir in Deutschland können es nur mit Genugthuung begrüßen, wenn die politischen Verhältnisse in Frankreich auf Grund der bestehenden Staatsform sich immer mehr befestigen. Nicht ein ruhiger stetiger Gang der politischen Dinge ist es, was wir zu fürchten haben, sondern das Vordringen der extremen Parteien, der Lärmmacher von rechts und links.

Ueber den Eindruck, welchen die Wahlen in Berliner politischen Kreisen hervorgerufen, wird uns von guter Hand geschrieben: „Der Pyrrhussieg Gambetta's in Belleville wird in unseren politischen Kreisen mit überraschender Einmüthigkeit beurtheilt. Man sieht denselben als den Ausgangspunct einer entschiedenen und Dauer verheißenden Wendung in der Politik des Kammerpräsidenten an. Der ehemalige Feuerbrand, der Radicalste der Radicalen, welcher dann auf der Leiter des „Opportunismus" in die Regionen staatsmännischer Mäßigung hinaufgestiegen war, welchem aber in dieser Rolle der Mäßigung niemals recht getraut wurde, wird sich nun allem Anscheine nach aus Ueberzeugung und mit Thatkraft von der äußersten Linken lossagen und seine Stütze in den breiten Massen des friedlichen und besonnenen Bürgerthums suchen. Daß er sie dort auch finden wird, dafür bürgt seine Geschicklichkeit in der Taktik, sein Imperatorentalent, die Geister an sich zu fesseln und ihnen Vertrauen auf seine Kraft einzuflößen. Für Herrn Grevy, den „bürgerlichen" Präsidenten, erwächst damit freilich eine gefährliche Concurrenz. So lange Gambetta seine Unterminirungsthätigkeit gegen die jetzige Regierung von außen her leitete, konnte sie parirt werden; in dem Augenblicke, wo er als „Freund" und Gesinnungsgenosse unter die gegenwärtigen Machthaber tritt, hat er Anspruch auf die weitestgehende Rücksichtnahme, und der höchste Preis, die Erbschaft Grevy's selber, wird ihm ohne Zweifel gerade gut genug erscheinen. Man glaubt hier Dem entsprechend an eine baldige Wandlung der französischen Regierung, und man hält es nicht für unmöglich, daß dieselbe schon vor dem Zusammentritt der neugewählten Kammer zum Ausbruch kommt."

Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß der Wahlact selbst sich in vollkommener Ruhe vollzog. Auch der „Voss. Ztg." wird Gleiches in einer Pariser Correspondenz vom Montag gemeldet:

Seit den legendären Ruhetagen zur hohen Zeit der Julimonarchie hat Paris noch keinen Wahltag erlebt wie den gestrigen. Keine Spur von Agitation, Leidenschaft oder Spannung. Die Morgenblätter erschienen noch mit einem letzten Aufruf an die Wähler, der sich vergebens abmühte, pathetisch und heftig zu scheinen. In einigen Vierteln tauchten auch noch neue Maueranschläge auf, die Bevölkerung aber war von einer in diesem Menschenalter hier bei Wahlen noch nicht beobachteten Gleichgültigkeit. Die Straßen überraschten durch ihre Menschenleere. Die zahlreichen Pariser, die jetzt auf dem Lande wohnen, kamen mit eigenen Wählerzügen, welche alle Bahnen veranstalteten, zeitig Vormittags zur Stadt, gaben ihren Stimmzettel ab und fuhren sogleich wieder weg. Die Arbeiter und Kleinbürger im Sonntagsstaat strömten nur in sehr dünnen Zügen nach den Wahllocalen, wo es weder Discussionen, noch Ansammlungen gab. In manchen Bezirken stimmte kaum die Hälfte der Wahlberechtigten, in allen war die Betheiligung geringer als jemals seit 1870.

Nach Schluß der Wahl, der überall um sechs stattfand, begann die Zählung in Anwesenheit weniger Neugieriger. Nur in Belleville drängten sich größere Massen heran, um den Fortschritt der Zählung zu überwachen. Auch hier erfüllte sich keine der gehegten Befürchtungen. Wohl zeigte dieser Stadttheil eine lebhaftere Physiognomie als die übrigen; doch kam es nicht zu Lärm und Aufläufen, und auch die Bekanntmachung des Wahlresultats veranlaßte keinerlei übermäßige Demonstration. Nach acht Uhr Abends begannen die Pariser Resultate bekannt zu werden. Der Boulevard zeigte jedoch selbst dann keine besondere Bewegung. Nichts von jenen überschwenglichen Scenen, wie sie der 14. October 1877 gebracht. „Soir", der noch neun ausgegeben wurde und bereits einige Resultate enthielt, wurde etwas lebhafter als sonst gekauft, doch gab es nicht das herkömmliche Gedränge um die Zeitungskioske. Nur um die Bureaux einiger Boulevardblätter, welche die Resultate affichirten, sammelten sich größere Gruppen an. Man hörte nur höchst vereinzelte Rufe „Vive la République" und „Vive Gambetta!" und ein Fremder, der das Straßenleben von einem Kaffeehause aus beobachtet hätte, würde kaum etwas Außerordentliches bemerkt haben.

Bis jetzt sind 512 Wahlergebnisse bekannt. Die gewählten Deputirten werden von dem Ministerium des Innern classificirt wie folgt: Republikaner der Linken oder der republikanischen Union 340, clericale Royalisten 40, Bonapartisten 38, äußerste Linke 36, Intransigenten 3, Stichwahlen sind 55 erforderlich. Die Wahl Gambetta's in dem 2. Wahlbezirke von Belleville wird angefochten, da die für denselben abgegebenen Stimmen nicht ausreichend sein dürften, um die gesetzliche Majorität der Abstimmenden zu bilden.

Viele haben gejubelt, daß mit Gladstone's Landbill die die Nerven Englands zerrüttende irische Landfrage gelöst oder doch auf unbestimmte Zeit vertagt sei. Sie haben sich getäuscht; wenn auch das Unterhaus nach langwierigen Debatten dem Werke Gladstone's seine Sanction nicht verweigert hat, so trafen die Neuerungen im Oberhause auf den entschiedenen Widerstand der edlen Lords, die von dem Geist der Vorrechte der rotten boroughs, der „faulen Flecken", einmal erfüllt sind und nicht davon lassen wollen. Was kümmern diese „Herrlichkeiten" die Beschwerden des Pächters, was die Zerrüttung einer ganzen großen Provinz des Reiches, wenn es nur in den rotten boroughs bleibt, wie es seit Jahrhunderten gewesen! Diese „Faulflecken-Edelleute" verfahren mit Irland genau so, wie einst die römischen Patrizier mit Italien; sie ersetzen den Ackerbau durch ungeheuere Weideländereien und kümmern sich nicht darum, wenn dadurch die Bevölkerung sich in einem von Natur reichen Lande nicht mehr ernähren kann. Mag sie in Massen über den Ocean flüchten, wenn nur „Ihre Herrlichkeiten" den Pachtzins erhalten. Warnend rief der berühmte römische Schriftsteller Plinius der Jüngere der Nachwelt zu, daß die Latifundien, die großen Weideländereien der römischen Großen das alte Italien zu Grunde gerichtet haben: aber was geht Das die edlen Lords des Oberhauses an? Warnungen der Geschichte sind für diese „Herrlichkeiten" nicht vorhanden. Deshalb leisteten sie den heftigsten Widerstand, als die Gladstone'sche Landbill aus dem Unterhause an sie gelangte.

Die Lords verwarfen mehrere nicht unwichtige Zusätze und Paragraphen und fügten eigene Zusätze hinzu, so daß die Landbill ganz anders aussah, als sie wieder aus dem Oberhause herauskam. Die Regierung kam dadurch in eine fatale Lage. Sollte sie dem Oberhause nachgeben? Dann war die ganze Arbeit des Unterhauses, welches 46 Tage auf die Berathung der Bill verwendet hatte, vergeblich gewesen; das Zustandekommen eines solchen Gesetzes war auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben und man mußte sich auf die fatalsten Zwischenfälle in Irland gefaßt machen, ganz abgesehen davon, daß ein solches Schicksal der Landbill auch als eine Niederlage der Regierung aufgefaßt werden mußte. Da beschloß Gladstone dem Oberhause einen Vergleich anzubieten, bei welchem er allerdings den Kürzeren zog. So opferte Gladstone die wichtige Bestimmung, daß die gerichtliche Beitreibung des rückständigen Pachtzinses gestundet werden müsse, wenn der Pächter eine Erniedrigung des Pachtzinses verlangt hat. Diese Bestimmung gefiel den Lords nicht, welche den Ertrag ihrer Ländereien gern pünctlich eingeliefert erhalten. Und Gladstone gab nach, was ein entschlossenerer Staatsmann nicht gethan hätte, denn die Lords vertheidigten in engherzigstem Egoismus ein Sonderinteresse ihrer Kaste und dem durfte der Leiter des britischen Reiches nicht nachgeben. Anders, wenn sie einen principiellen Widerstand geleistet hätten, dann konnte man sich mit ihnen verständigen. So aber nicht, denn wenn Opfer für den Staat und seine Wohlfahrt gebracht werden müssen, dann kann man solche von den Herren Lords ebenso, vielleicht noch eher verlangen denn von anderen Leuten.

Die Landbill hatte ohnehin die Wunder nicht gethan, die so Viele von ihr erwartet haben. Sie regelt blos die Pachtverhältnisse in Irland; aber es sind doch die Pächter nicht allein, welche von den beklagenswerthen Zuständen in Irland betroffen werden; auch andere Berufsclassen haben daran Theil. Wenn nun auch die Reformen, welche die Bill für die Pächter bringt, noch geschmälert werden, dann müssen die Hoffnungen, die man auf die Landbill gesetzt hat, dahinschwinden. Uebrigens wird die ganze Menge der ländlichen Tagelöhner in Irland von den Reformen der Bill kaum berührt und es läßt sich nicht einmal erwarten, daß der Massenflucht der irischen Landbevölkerung über das Meer in einem erheblichen Grade gesteuert wird. Der Ire blickt aber heute immer noch mit Ingrimm auf die Fluren, die seinem Vater, seinem Großvater und Urahnen gehört haben und die bei den verschiedenen englischen Einfällen einfach dem Lord So und So überliefert worden sind, während die Nachkommen des ehemaligen Eigenthümers als Tagelöhner oder kleine Pächter mühsam existiren. Der Uebergang ganzer Landschaften aus freien Grundbesitzern in die Lage abhängiger Pächter ist eben auch gar zu schroff gewesen, um nicht seine übeln Nachwirkungen zu haben. Aber Herr Gladstone, wenn er diese Gegensätze einmal überbrücken will, soweit dies bei den Pächtern möglich ist, hätte den Widerstand des Oberhauses nicht so sehr fürchten und die Segel streichen sollen, da er doch das Unterhaus für sich hatte.

Verstümmelt und verwässert ist die Bill zu Stande gekommen und Ihre Majestät hat das Gesetz, wie uns soeben telegraphisch gemeldet wird, genehmigt; ob sie die Wirkung haben wird, in Irland den öffentlichen Frieden herzustellen, das muß man abwarten.

Von der Ostseeküste wird der „All. Ztg." vom 20. August geschrieben: „Das große Kanonenboot erster Classe „Nautilus" kehrt in diesen Tagen nach Kiel zurück, nachdem es seit dem Frühling 1874 unablässig die australischen Gewässer durchkreuzt und alle dortigen Inselgruppen genau erforscht hat. Der Capitain des „Nautilus" ist auf dieser Reise gestorben. Die neue kürzlich vom Stapel gelaufene Glattdeckscorvette „Carola" (nach der Königin von Sachsen so genannt) segelt in den nächsten Tagen von Kiel nach Australien, und die Volldeckscorvette „Elisabeth" Anfangs October nach Japan. Während im Mittelmeer gewöhnlich nur ein oder zwei kleine Kanonenboote der deutschen Kriegsflotte stationirt sind, kreuzen in den australischen und ostasiatischen Gewässern stets 4—5 Corvetten und große Kanonenboote. Diese große Zahl der deutschen Kriegsschiffe in den fernen Meeren hängt mit dem jetzt in Berlin verfolgten Plan zusammen, in der Südsee deutsche Strafcolonien (?) und vielleicht auch ausgedehnte Handelsniederlassungen zu errichten und zu diesem Zweck passende Küstenstriche oder Inselgruppen zu erwerben. Die Officiere aller dort befindlichen Kriegsschiffe müssen die ausgedehntesten Beobachtungen in klimatischer, geographischer und naturwissenschaftlicher Hinsicht über alle Länder, die sich hierfür eignen dürften, anstellen und darüber genaue Berichte nach Berlin einsenden."

Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Heute Abend kehrt der Kriegsminister v. Kameke von seiner pommerschen Besitzung Hohenfelde nach Berlin zurück. Unmittelbar nach seiner Ankunft stehen die letzten Anordnungen für die Herbstmanöver zu erwarten, die in diesem Jahre ein besonderes Interesse haben und durch die Theilnahme einer ungewöhnlich großen Zahl ausländischer Officiere ausgezeichnet werden dürften. Mit besonderer Spannung sieht man namentlich den Cavallerie-Manövern bei Konitz entgegen. Bekanntlich macht sich in neuerer Zeit in der Kriegswissenschaft eine ziemlich starke Strömung gegen die Cavallerie geltend. Ein Theil unserer Generalstabsofficiere hält dafür, daß die Waffe für den großen Krieg eigentlich die Bedeutung nicht mehr habe, die ihr früher zuerkannt wurde. Man spricht von dieser Seite für eine Verringerung der Zahl der Cavallerie und für eine dementsprechende Vergrößerung des Bestandes der Infanterie- und Artillerie-Regimenter. Es heißt nun, daß die diesjährigen Reiterei-Manöver mit den Zweck haben sollen, Werth und Bedeutung der Waffe einmal von dem angegebenen Gesichtspuncte aus zu prüfen. Die Vertreter des, wenn der Ausdruck erlaubt ist, cavalleristischen Elements, an ihrer Spitze der Prinz Friedrich Karl, geben sich hierbei natürlich der Hoffnung hin, daß es ihnen gelingen werde, die Verkleinerer ihrer Lieblingstruppe von der Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe zu überzeugen."

Die Kampfmethode der Centrums-Demagogie bleibt das unerschöpfliche Thema der Tagespresse. Für die Strömung, welche im Centrum noch immer die Oberhand hat, ist ganz besonders charakteristisch, daß anläßlich des bevorstehenden katholischen Parteitages in Bonn auf die Heranziehung des nichtdeutschen Elements so großes Gewicht gelegt wird. Es ist seitens der Unternehmer Sorge dafür getragen, daß ausländische Bischöfe und andere Geistliche anwesend sein werden, und daß es auch an Ansprachen in fremden Sprachen nicht fehlt. Der Zweck dieser Herausforderung liegt auf der Hand. Es soll der preußischen Regierung und den staatstreuen Parteien gegenüber betont werden, daß die ultramontane Partei auf deutschem Boden sich nur als Theil und Glied eines größeren Ganzen fühlt, daß sie sich für verbindlich erklärt für die vaticanische Gesammtpolitik, für welche die deutschen Verhältnisse nur eine Welle im großen Strom sind, und daß sie diese scharfe Accentuirung ihres doppelten Charakters als deutsch-politische und zugleich als internationale Partei gerade in diesem Augenblick für nöthig hält, wo sie aus dem einflußlosen Kreise in das Centrum politischer Action zu treten eingeladen wird. Der Abg. Windthorst hat es immer ganz vortrefflich verstanden, sich zur rechten Zeit dem gefährlichen Netz der „Regierungsfähigkeit" zu entziehen, indem er plötzlich eine neue Grundlage für die Entfaltung seiner taktischen Künste fand. Erst vor wenigen Monaten zeigte er eine Probe dieser Geschicklichkeit, als er bei der dritten Lesung des Unfallversicherungsgesetzes das Compromiß, welches die Regierung anbot, zurückwies, trotzdem es den eigenen Forderungen des Centrums beinahe völlig entsprach. Fühlt jetzt auch der ultramontane Führer, daß es gelte, die Schranke zu erhöhen, die zwischen seiner Partei und dem Reichskanzler liegt und welche der beharrliche Eifer des letzteren nach und nach zu lockern angefangen? Man muß es glauben, ja es beinahe als Gewißheit hinnehmen, wenn man die nervöse Geschäftigkeit in der Centrumsleitung beobachtet, wenn man namentlich Richtung und Zusammensetzung der bevorstehenden Bonner Parteiversammlung eingehender betrachtet. Innerhalb der Regierung haben selbst die vorbereitenden Schritte schon lebhaft verstimmt, und es wird den weiteren Schritten dieser ultramontanen „Heerschau" eine Aufmerksamkeit gewidmet, wie sie den herkömmlichen Katholikenversammlungen kaum je zu Theil geworden.

Herr v. Treitschke hat an seine Kreuznacher Freunde folgende Zuschrift gerichtet:

Sie fragen mich wegen eines, in Ihrem Wahlkreise offenbar mit Absicht verbreiteten Gerüchts, das mir nachsagt, ich hätte meine Gesinnungen geändert und wolle mich von jeder Berührung mit den Liberalen fernhalten. Die Wahrheit ist, daß ich über alle wesentlichen politischen Fragen noch heute genau ebenso denke, wie vor zehn Jahren, als mir Ihr Wahlkreis zuerst sein Mandat übertrug. Ich bin damals nicht auf den Namen einer Partei gewählt worden und habe vor der Wahl von 1878 ausdrücklich erklärt, daß ich mich nicht für eine Fraction verpflichten könne. Ich habe stets auf der Rechten der nationalliberalen Fraction gestanden und mich 1878 vergeblich bemüht, die Verwerfung des Socialistengesetzes zu verhindern. Mit ihr begann der Bruch zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen. Im folgenden Jahre trat ich aus der Fraction aus, weil sie den Zolltarif verwarf und doch nicht anzugeben wußte, durch welche andere Mittel das Reich seinen Geldbedarf decken sollte. Was mich von der Fraction trennte, war nicht ihr Liberalismus, sondern ihre Gleichgültigkeit gegen die nationalen Pflichten des deutschen Reichstags. Ebenso habe ich auch neuerdings, der Meinung der Fraction zuwider, die Politik des Reichskanzlers unterstützt, als sie darauf ausging, die verfassungsmäßige Einheit des deutschen Zollgebiets zu vollenden und den für alle Theile schädlichen Privilegien der Hansastädte ein Ende zu machen. Ich vermag nicht einzusehen, daß das Festhalten an particularistischen Privilegien oder der Ruf „fort mit Bismarck" ein Zeichen liberaler Gesinnung sein sollte. Nach meiner Meinung ist es die Pflicht aller wahrhaft Freigesinnten, die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen, natürlich in voller Unabhängigkeit, wie es einem Parlamente ziemt. Nur wenn die Mittelparteien der im Wesentlichen berechtigten Politik des Reichskanzlers ihre Unterstützung leihen, wird es möglich sein, die Extreme von Links und Rechts in ihre Schranken zurückzuweisen. Es ist eine von der Fortschrittspartei und ihren Genossen ausgesprengte Unwahrheit, daß der Reichskanzler reactionaire Pläne verfolge. Ich hoffe, über diese Dinge mich demnächst mündlich vor meinen bisherigen Wählern auszusprechen.

Die Angabe, daß zum Wahltag der 17. October ausersehen sei, hören wir als unrichtig bezeichnen. Der Termin ist vielmehr noch etwas weiter hinausgeschoben und wird erst in die letzten Tagen des October fallen. Der bezügliche Beschluß scheint bei der neulichen Anwesenheit des Reichskanzlers in Berlin gefaßt worden zu sein.

Soeben ist unter Andern dem Vicepräses des katholischen Gesellenvereins in München, dem Domebeneficianten Lesefer, auf die Beileidsadresse, welche genannter Verein anläßlich der Vorfälle in Rom an den Papst gerichtet hatte, nachstehendes Antwortschreiben vom 31. Juli durch die Münchener Nuntiatur übermittelt worden:

Euer Hochwürden! Zu großem Troste gereichte dem tiefbetrübten Herzen des Heiligen Vaters die edle Gesinnung, mit welcher Ew. Hochwürden und Ihre Vereinsgenossen in Ihrer Beileidsadresse Ihren Abscheu kundgaben über die beklagenswerthen Vorkommnisse in unserer Stadt in der Nacht des 13. Juli und Ihre lebhafte Theilnahme für die Freiheit und Unabhängigkeit des erhabenen Oberhauptes der katholischen Kirche zum Ausdrucke brachten, welches da sehen mußte, wie die ehrwürdige Leiche seines Vorfahren angetastet, verhöhnt und beschimpft und wie von einem nichtswürdigen Gesindel so viele gutgesinnte Gläubige, die nichts Anderes thaten, als daß sie ihrem verstorbenen Vater und Souverain den letzten Tribut kindlicher Hingebung und Dankbarkeit darbringen wollten, mißhandelt wurden. Aber das sind nicht die einzigen Dinge, welche das Herz Sr. Heiligkeit betrüben; sie sind gleichsam nur das Signal zu den schmählichsten Verunglimpfungen seitens einer gottlosen und revolutionairen Presse, welche die Lage des Heiligen Vaters stündlich schwieriger und gefahrvoller zu gestalten droht. Unter solchen Umständen ist es Pflicht aller Katholiken, mit lauter Stimme gegen die unwürdige Behandlung ihres obersten Hirten zu protestiren. Schließlich spreche ich Ew. Hochwürden und allen Ihren Vereinsgenossen den lebhaften Dank Sr. Heiligkeit für diesen Ihren Liebesdienst aus und übermittle Ihnen Allen freudig den Apostolischen Segen. Mit vollster Hochachtung Ew. Hochwürden ergebenster L. Cardinal Jacobini.

Bekanntlich macht die Reichsregierung seit längerer Zeit Anstrengungen, eine Militairstrafproceßordnung zu Stande zu bringen, was bisher hauptsächlich daran scheiterte, daß Preußen das geheime Verfahren beim Militairstrafproceß nicht aufgeben will, Baiern aber nicht sein bewährtes mündliches und öffentliches Verfahren. In der letzten Zeit ist hierüber wieder verhandelt worden. Das gab Gelegenheit, den bairischen Militairrichterstand in der Frage zu hören. Vom General-Auditoriate wurden die zwei Militairbezirksgerichte des Königreichs um gutachtliche Aeußerung betreffs der von Preußen angestrebten Abschaffung des öffentlichen Verfahrens bei Militairprocessen angegangen. Wie der „Nat.-Ztg." aus München berichtet wird, hat sich sowohl Militairbezirksgerichts-Director Dr. v. Englert in München, als auch Director v. Koppmann in Würzburg verneinend ausgesprochen und betont, daß eine Aenderung in beregtem Sinne zu verwerfen sei.

Die Sonnabend über Wien erfolgte Abreise des Grafen Hatzfeldt nach Konstantinopel zur Uebergabe seines Abberufungsschreibens wird damit begründet, daß nach den nunmehr getroffenen Anordnungen die Uebergabe türkischer Gebietstheile an Griechenland mit Ausnahme von Volo bis zum 3. September d. J. abgeschlossen sein wird. Die schließliche Uebergabe des letztgedachten Platzes, welche fünf Monate nach Vollzug des Vertrages zu geschehen hat, ist erst im December zu erwarten; man ist deshalb ohne jede Besorgniß und konnte somit die Hauptaufgabe des Botschafters Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel als erledigt erachten und seine definitive Berufung zur Leitung des Auswärtigen Amtes, welche fast seit vollen zwei Jahren provisorisch geführt wurde, beschließen. Es zählt die Angelegenheit zu den Personalfragen, welche bei der neulichen Anwesenheit des Reichskanzlers beim Kaiser ihre Erledigung gefunden haben.

Die Reise, welche der König von Italien nach Oesterreich bezw. nach Berlin machen will, wird bereits in den Blättern lebhaft besprochen und erörtert. Es ist gewiß recht bemerkenswerth, daß schon jetzt von den Officiösen in Wien, freilich mit großer Absichtlichkeit, verbreitet wird, es handle sich bei der Reise des Königs Humbert um eine rein persönliche Angelegenheit, die keinen politischen Charakter habe. Man ist in Berlin nicht geneigt, dieser etwas naiven Auffassung zuzustimmen, sondern will vielmehr der Reise eine hervorragend politische Bedeutung beilegen. Inzwischen ist noch nicht bekannt, ob und in wie weit der König die Absicht hätte, von Oesterreich aus (und es heißt, seine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oesterreich solle in Salzburg stattfinden) seine Reise an den Berliner Hof auszudehnen.

In Konstantinopel verlautet gerüchtweise, daß der englische und der italienische Grenzcommissar von Räubern gefangen genommen worden seien, welche 40,000 Pfd. St. als Lösegeld für ihre Gefangenen fordern. Der „Times" wird dagegen gemeldet: „Den Telegrammen zufolge, die hier von den Consuln in Janina eingegangen sind, wurde das britische Mitglied des Grenzberichtigungs-Ausschusses am 18. d. unweit der Grenze von Epirus von Räubern angegriffen. Nach einem scharfen Gefechte, in welchem der Befehlshaber der türkischen Bedeckung getödtet worden sein soll, wurden die Räuber zurückgeschlagen."

Wie schweizerische Blätter berichten, wird der Entscheid des Bundesgerichts, betreffend die Recurse gegen das Verbot des socialistischen Weltcongresses, auf